



- ضد العزل والاقصاء - حقوق متساوية للجميع .
  - يوم بريمن ضد القوانين العنصرية .
  - توقيف فوري لمعسكرات التجميع .
  - شقق بدل مخيمات التجميع العنصري .
  - لا لمنع العمل , لا للترحيل .
  - القوانين الخاصة العنصرية يجب ان تلغى . الان !
  - الاجراءات التمييزية ضد الاجنبيين غير صالحة للمناقشة .
  - الكرامة الانسانية و حرية الحركة غير قابلة للتفاوض . اوراق للجميع .
- 117b

دادن آزادی گشت گزار برای مهاجرین در آلمان  
فراهم نمودن اسناد اقامت برای مهاجرین  
فراهم نمودن آپارتمان برای زندگی نه کمپ  
فراهم نمودن شرایط کار بدون سرگردانی  
منع اخراج اجباری

**Stop isolation and exclusion – equal rights for everybody!**

Bremen Day of Action against racist refugee legislation.  
STOP forced living in isolation in Camps ("Heim")

Saturday, 14th of May 2011

**Demonstration to the city-centre, 12:00,  
meeting-point: Ludwig-Quidde-Straße 12 (Hastedt)  
10:00 Wardamm 117 (Huchting)**

Appartments instead of forced living in "Heim" fo all refugees in Bremen!  
No ban from work for refugees! No deportations!  
Racist refugee legislation must be abolished NOW! It is not reformable -  
Human dignity and freedom of movement are not negotiable! Papers fo all!

Es rufen auf:

À gauche - linke Jugendgruppe, antirassistische Gruppe Polyvpol, Arabische Initiative, Flüchtlingsinitiative Bremen, Flüchtlingsrat Bremen, Initiative „Du hast Rechte“, Jugendplenum „Stay!“, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, Medinetz Bremen, Nolager Bremen, Sozialistische Partei Iran, Verein für die Unterstützung afghanischer Flüchtlinge

GEGEN ISOLATION UND AUSGRENZUNG  
GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

Bremer Aktionstag gegen rassistische Sondergesetze

**Samstag, 14.05.2011**

**Auftaktaktion: Heim Wardamm: 117 (Huchting) um 10 Uhr**

**Demonstration in die City: 12.00 Uhr**

**Treffpunkt: Heim Ludwig-Quidde-Straße 12 (Hastedt)**

Wohnungen statt Zwangsunterbringung  
für alle Flüchtlinge!

Keine Arbeitsverbote!

Keine Abschiebungen!

Rassistische Sondergesetze  
müssen abgeschafft werden. JETZT!

Diskriminierende Maßnahmen gegen  
Flüchtlinge sind nicht reformierbar -  
Menschenwürde und Bewegungsfreiheit  
sind nicht verhandelbar.

Papiere für alle!

Die Aufstände in der arabischen Welt wurden zwar in Europa einhellig begrüßt, nicht willkommen sind den Regierungen jedoch Flüchtlinge und MigrantInnen von dort oder aus anderen Regionen, die ihr Grundrecht auf Reisefreiheit wahrnehmen. Sie werden weiterhin mit allen Mitteln bekämpft, vor allem durch Schiffe und Hub-schrauber der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Aber auch für Menschen, die es bis in die Festung Europa geschafft haben, ist das Leben von systematischer Entrechtung und Diskriminierung bestimmt.

Im „Asylbewerberleistungsgesetz“ ist festgeschrieben, dass Flüchtlinge in Deutschland unter erbärmlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern leben sollen. Sie werden von Sachleistungen der Behörden abhängig gemacht, ein ausreichender Zugang zu Gesundheitsversorgung wird ihnen verwehrt. Flüchtlinge erhalten einen Sozialleistungssatz, der noch mal ein Drittel geringer ist als der sowieso schon menschenunwürdige Normalbetrag und der obendrein seit 1993 (!) nicht erhöht wurde. Die Abhängigkeit der Flüchtlinge von den mickrigen Sozialleistungen wird darüber hinaus durch Arbeitsverbote und nachrangigen Arbeitsmarktzugang gesetzlich zementiert. Das heißt konkret: ein

Job kann nur dann angetreten werden, wenn niemand mit EU-Pass oder anderen bevorrechtigten Papieren dafür zur Verfügung steht. Zudem wird der Zugang zu Deutschkursen, Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten systematisch erschwert. Gleichzeitig wird Flüchtlingen das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit durch die so genannte „Residenzpflicht“ aberkannt.

Diese und weitere rassistische Sondergesetze bilden gemeinsam einen Gesetzeskomplex von Unterdrückung und sozialem Ausschluss. Ziel dieser staatlich verordneten Ausgrenzung ist es, Flüchtlinge leichter abschieben zu können und Menschen davon abzuschrecken, überhaupt erst nach Deutschland zu kommen.

In Bremen gibt es neben der „zentralen Aufnahmestelle“ in Habenhausen drei Sammellager, in denen die Menschen auf sehr beengtem Raum leben: in Huchting ein Containerlager mit 150 Plätzen gegenüber einem Recyclinghof im Kleingartengebiet (Wardamm), das Lager Hastedt mit 170 Plätzen (Ludwig-Quidde-Straße), sowie in Vegesack in der Johann-Lange-Straße.

Vor wenigen Wochen hat die Bremer Regierung beschlossen, dass Flüchtlinge mindestens ein Jahr lang im Lager wohnen müssen. Was scheinbar als Verbesserung daher kommt (bisher waren es sogar drei Jahre und in Bremerhaven sind es zwei), bedeutet dennoch für 500 Menschen in Bremen ein Leben in Stillstand und Isolation.

Obendrein finden viele auch nach Ablauf der Frist einfach keine Wohnung. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sich z.B. die bremeneigene GEWOBA, ebenso wie die meisten anderen Wohnungsbaugesellschaften, weigert, an Menschen zu vermieten, die nur Papiere für drei oder sechs Monate haben.

Ob in Gifhorn, Meiningen oder Augsburg - an vielen Orten in ganz Deutschland wehren sich Flüchtlinge mit Streiks und Protesten gegen unerträgliche Lebensbedingungen (<http://thecaravan.org>). In Bremen fordern nun Menschen, die aus Afghanistan, Irak, Iran und anderen Ländern nach Bremen geflohen sind, am 14. Mai gemeinsam mit anderen Aktiven und UnterstützerInnen:



6 m<sup>2</sup> Zwangsunterbringung - Das „Zuhause“ eines Flüchtlings im Lager

WOHNUNGEN STATT ZWANGSUNTERBRINGUNG  
FÜR ALLE FLÜCHTLINGE IN BREMEN!

KEINE ARBEITSVERBOTE!

KEINE ABSCHIEBUNGEN!

RASSISTISCHE SONDERGESETZE MÜSSEN  
ABGESCHAFFT WERDEN. JETZT!

PAPIERE FÜR ALLE!